

International

Eine österreichische Politpremiere

Nach dem Wahldebakel der Rechtspopulisten soll eine Dreiparteienkoalition Kärnten sanieren.

Von Bernhard Odehnal, Wien

Kann das wirklich wahr sein? Ausgerechnet hier? Die Kärntner sind überrascht, ausnahmsweise aber im positiven Sinn: So kann Politik also auch aussehen. Ohne Intrigen und Gemeinheiten. Ohne Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien. Stattdessen ist von «Wertschätzung» die Rede, von «Respekt» und einer «sehr guten Gesprächsatmosphäre». Und das zwischen drei Parteien, die eigentlich nicht viel gemeinsam haben. Ausser dem Wunsch, Jörg Haider's Erben dauerhaft von politischer Macht und finanziellen Pfründen zu vertreiben und aus Kärnten ein normales Bundesland zu machen, das vom übrigen Österreich weder gefürchtet noch verspottet wird.

Jahrzehntlang galt Kärnten als Hochburg des Rechtspopulismus sowie als Selbstbedienungsladen für den 2008 verstorbenen Jörg Haider und seine nicht weniger korrupten Nachfolger. Doch bei den Landeswahlen Anfang März erlebte Haider's ehemalige Partei FPÖ ein Debakel. Nach zahlreichen Korruptionsskandalen und gerichtlichen Verurteilungen hoher Funktionäre stürzte die Partei von 45 auf 17 Prozent ab. Die Sozialdemokraten hingegen konnten die relative Mehrheit zurückerobern, die sie 1989 an Haider verloren hatten.

Jetzt wird ausgerechnet im «braunen» Kärnten eine neue links-liberale Koalition getestet, die auch für die Bundespolitik Bedeutung haben könnte. Zum ersten Mal werden die sozialdemokratische SPÖ, die bürgerliche ÖVP und die Grünen in einer Regierungskoalition zusammenarbeiten. Diese Woche soll der Pakt besiegelt und der Sozialdemokrat Peter Kaiser zum Kärntner Landeshauptmann gewählt werden.

Zwar gibt es in der Bundesregierung eine Grosse Koalition Rot-Schwarz sowie in anderen Bundesländern und Städten Koalitionen Rot-Grün (Wien) und Schwarz-Grün (Oberösterreich, Bregenz), aber die sogenannte Kenia-Koali-



Peter Kaiser.

tion (nach den Farben Schwarz, Rot, Grün der kenianischen Fahne) ist in Österreich ganz neu. Ebenso die Partnerschaft von drei Parteien in einer Regierung. Ob sie sich bewährt, wird Auswirkungen auf die Bundespolitik haben: In Umfragen liegen SPÖ und ÖVP derzeit gemeinsam knapp unter 50 Prozent, nach den Wahlen im September könnten sie einen kleinen Partner für die Regierungsbildung brauchen.

«Blut, Schweiss und Tränen»

Als erste Aufgabe muss sich die neue Kärntner Regierung einen Überblick über die Landesfinanzen verschaffen. Unter Haider und seinem Nachfolger Gerhard Dörfler wurden die Zahlen stets geheim gehalten. Fest steht nur, dass Kärnten hoch verschuldet ist, vermutlich mit drei Milliarden Euro, und noch lange für Haider's Eskapaden zahlen müssen. Auf die Kärntner kommen harte Sanierungsjahre zu. Nach den Jahren der Überfliegerpolitik von Haider und seinen Erben sei jetzt Realismus angesagt, schreibt die «Kleine Zeitung»: «Statt wie bisher Brot und Spiele wird es künftig Blut, Schweiss und Tränen geben.» Das gilt auch für Kärntens Freiheitliche: Nach dem Wahldebakel haben sich die neue und die alte Führung zerstritten. Der ehemalige Landeshauptmann Gerhard Dörfler will sein Mandat im Landesparlament nicht aufgeben, ihm droht ein Parteiausschluss. Weil aber ein Ex-Mitstreiter Dörflers gestern auf seinen Sitz als «wilder Abgeordneter» verzichtete, kann die FPÖ nun ihren Fraktionsstatus behalten. Sie bekommt jedoch viel weniger Parteienförderung und weiss nicht, wie sie die für den Wahlkampf aufgenommenen Kredite zurückzahlen soll.

Die Zahlmeister begehren auf

Bayern und Hessen wollen nicht länger Milliarden an ärmere deutsche Bundesländer überweisen - und klagen vor Gericht.

Von David Nauer, Berlin

Horst Seehofer (CSU) hat es wieder einmal auf den Punkt gebracht, in seiner leicht spöttischen und sehr selbstbewussten Art. «Wir Bayern», sagte der Ministerpräsident des Freistaates, «sind reich, aber nicht blöd.» Der saloppe Spruch zielt auf den Länderfinanzausgleich, jenes komplizierte Regelwerk, welches jährlich Milliarden quer durch Deutschland schleust.

Zusammen mit seinem CDU-Kollegen aus Hessen, Volker Bouffier, hat Seehofer gestern beim Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht gegen das Solidarsystem. Die beiden Unionspolitiker halten es für ungerecht und leistungsfeindlich. Seehofer nannte den Gang vor Gericht einen «Akt politischer Notwehr».

Berlin profitiert am meisten

Den Länderfinanzausgleich gibt es seit Jahrzehnten, doch die Gewichte haben sich zuletzt immer mehr verschoben - zuungunsten der Geberländer. Im vergangenen Jahr sind 7,9 Milliarden Euro umverteilt worden. Davon hat Bayern etwa die Hälfte bezahlt, Hessen steuerte 1,3 Milliarden bei. Auch Baden-Württemberg, das sich an der Klage nicht beteiligt, gehört zu den Geberländern: Es überwiegt rund 2,7 Milliarden Euro in den Topf. Die anderen 13 Bundesländer haben Geld erhalten. Der grösste Profiteur ist die Stadt Berlin. Sie erhielt allein 2012 rund 3,3 Milliarden Euro.

Mit den Zahlungen sollen, wie in der Verfassung vorgeschrieben, im ganzen Land «gleichwertige Lebensverhältnisse» geschaffen werden. Doch Kriti-

ker sagen, das System setze falsche Anreize. Für arme Länder lohnt es sich nicht, sich um eine Erhöhung ihrer Steuereinnahmen (etwa durch die Ansiedlung von Unternehmen) zu bemühen, weil das Plus mit den Subventionen verrechnet würde. Aber auch Bayern, Hessen und Baden-Württemberg haben kaum Interesse an steigenden Einnahmen: Einen Grossteil müssten sie ohnehin abliefern.

Absurde Auswüchse

Eines der Probleme: Die deutschen Bundesländer dürfen die Höhe der Steuern nicht selbst bestimmen. Sie sind also davon abhängig, was die Regierung in Berlin für eine Finanzpolitik verfolgt und nach was für einem Schlüssel die Gelder dann verteilt werden. Dieses System führt zu absurden Auswüchsen. So muss Hessen Kredite aufnehmen, um seine Ausgleichszahlungen an arme Bundesländer zu finanzieren. Zum Teil haben Geberländer wegen der hohen Abgaben sogar weniger Geld pro Bürger zur Verfügung als manche Nehmerländer.

Die Regierungen in München und Frankfurt wollen nun dafür sorgen, dass wieder mehr Wettbewerb herrscht zwischen den Ländern, auch Steuerwettbewerb. «Wir wollen, dass die Länder die Höhe bei bestimmten Steuern eigenhändig festlegen können», sagte der bayrische Finanzminister Markus Söder (CSU).

Doch die Erfolgsaussichten des hessisch-bayrischen Vorstosses sind nicht besonders gut. Mit einem Entscheid des Bundesverfassungsgerichts wird frühestens 2015 gerechnet. Auch dürfen die Richter nicht einfach eine Neuordnung des Finanzausgleichs anordnen, sondern bloss Leitlinien formulieren. Die Ausgestaltung des künftigen Solidarpakts obliegt dem Bundesrat, der Länderkammer - und dort haben die Nehmerländer eine komfortable Mehrheit.

Bürgerkrieg in Syrien

«Assad kann ganz schnell...»

Der französische Historiker und Arabist Jean-Pierre Filiu plädiert vehement für die arabische Revolution. Die Aussichten für die arabische Revolution bewertet er positiv: Die M...

Mit Jean-Pierre Filiu sprach Oliver Meiler in Paris

Syrien erduldet einen fürchterlichen Krieg. Und der Westen scheint noch immer wie gelähmt vor dessen Komplexität. Nun wollen Paris und London die Aufständischen bewaffnen. Ist das der richtige Weg?

Die Frage ist falsch gestellt: Es gilt nicht, die Rebellen zu bewaffnen, sondern dem wehrlosen syrischen Volk die Mittel zu geben, sich zu verteidigen. Es steht wie Vieh vor dem Schlächter. François Hollande und David Cameron haben vorgeschlagen, endlich die Scheinheiligkeit abzulegen. Alle wissen wir nämlich, dass bereits Waffen geliefert werden. Und wir wissen auch, dass dieser Krieg kein militärisches Ende haben wird. Die Armee von Bashar al-Assad ist unerhört viel mächtiger als die Rebellen. Wenn Hollande und Cameron eine Waffenlieferung an die syrische Revolution fordern, geht es ihnen einzig darum, den Rebellen die Chance zu geben, die bereits befreiten Zonen vor den Bomben und den Panzern Assads zu schützen. Eine Umkehrung der Machtverhältnisse steht also nicht zur Debatte, nur eine Verhinderung weiterer Massaker - dank einiger Panzerfäuste und Flugzeugabwehrraketen.

Doch die Kritik an dieser Strategie ist gross. Die Europäer fragen sich, ob die Waffen in die richtigen Hände kommen.

Im Moment hat sich in dieser Frage einzig Slowenien auf die Seite Frankreichs und Grossbritanniens geschlagen. Diese Haltung der europäischen Partner verwundert mich nicht. Die Schweiz, nebenbei gesagt, ist in Bezug auf Syrien in vielerlei Hinsicht mutiger als die EU: Sie hat unter anderem die Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofs gefordert. Brüssel - und Berlin im Speziellen - hat gar keine Position. Seit Beginn der arabischen Revolutionen ist das so.

Warum denn?

Der Europäischen Union wäre es lieb, wenn man sie in Ruhe liesse mit diesen Revolutionen, damit sie sich um die eigenen Angelegenheiten kümmern kann: vorab um die Krise des Euro, um Griechenland und Zypern. Und wenn diese Probleme dann einmal gelöst sein werden, wird man sich vielleicht bequemen. Das ist doch absurd! Das macht weder historisch noch strategisch Sinn. Frankreich will Europa einen Ruck geben, und wenn niemand mitzieht, wird Paris alleine handeln. Ich finde das couragiert und lobenswert.

Aber nochmals: Ist die Belieferung mit Waffen denn auch der richtige Weg? Hat man nicht in Libyen gesehen, dass die Waffen plötzlich in anderen Kriegen wieder auftauchen - etwa in Mali, in den Händen der Islamisten?

Das ist eine Legende: In Mali wurde bis heute keine einzige Waffe gefunden, die damals an die libyschen Rebellen geliefert worden war. Aber natürlich haben Sie recht: In Syrien gibt es heute nur schlechte Optionen. Die schlechteste von allen ist die, gar nichts zu unternehmen. Die Waffenlieferung ist noch die am wenigsten schlechte unter den schlechten Optionen.

Wie agieren die USA?

Washington folgt nur dem, was anderswo angedacht wird, und das wirkt doch schon sehr verstörend für eine Weltmacht. Auch die Amerikaner sagen, die Syrer sollen mal warten: «Let's put them on hold.» Zuerst hiess es: Wir machen nichts, bevor Obama wiedergewählt ist. Dann hiess es: Wir machen nichts, bevor Obamas zweite Amtszeit begonnen hat. Dann: Wir machen nichts, bevor Obama im Nahen Osten war. Nun wird es wohl heissen: Wir machen



Bewaffnete Rebellen in Aleppo. Die Europäer müssten dem syrischen Volk Mittel in die Hände geben.

nichts, bevor die Verhandlungen mit dem Iran begonnen haben. Die Europäer und die Amerikaner haben noch immer nicht verstanden, dass diese Völker ihre eigenen Agenden haben.

Assad kann sich in der Zwischenzeit dank dem aktiven oder passiven Schutz durch China, Russland und den Iran an der Macht halten.

Ja, es ist eine Tragödie. Jeder dieser Staaten hat seine eigenen Beweggründe für sein Handeln und Blockieren. Assad ist bereit, alles zu tun, um zu gewinnen - auch chemische Waffen setzte er schon ein dafür. Das Volk hingegen ist nicht bereit, alles zu riskieren für die Revolution. Und das ist auch gut so. Sonst wäre der Tribut noch viel, viel höher. Die Syrer wissen nur allzu gut, dass der Sieg kein militärischer sein wird.



Jean-Pierre Filiu
Der Historiker und Ex-Diplomat unterrichtet an der Eliteuniversität Sciences Po. Er ist einer der renommiertesten Kenner des Islam und der arabischen Welt.

Wie wird er denn aussehen?

Das Regime wird implodieren. Irgendwann werden sich Jets, Panzer, ganze Brigaden der Armee gegen Bashar al-Assad richten. Nicht nur einzelne Generäle. Das kann sehr schnell gehen - 48 Stunden, und alles ist vorbei. Das Problem ist, dass wir mit unserem Zögern die Stunde der Wahrheit hinausgezögert haben. Die Syrer haben sich verändert in dieser Zeit, sie sind bitterer geworden. Doch zum Glück haben sie ihren Humor nicht ganz verloren, diesen starken Lebenssinn. Ich glaube an den Sieg des Lebens über den Tod, und Assads Regime ist eine Todesmaschine.

Der Konflikt in Syrien verdeckt die Entwicklungen in anderen Ländern der Region, Tunesien und Ägypten und Libyen, die sich schon in einer postrevolutionären Phase befinden. Sie weigerten sich immer, vom arabischen Frühling zu reden - warum?

Der Begriff gefiel mir nie. Und entsprechend gefällt mir auch islamistischer Herbst nicht, wie es sich die westlichen Medien als Wortspiel erdacht haben. Die arabische Welt durchlebt eine Revolution im Singular. Punkt. Das ist der richtige Begriff. Als Historiker sehe ich sie im Kontext einer 200-jährigen Renaissance, in der sich die arabische Welt befindet. Das heisst nicht, dass es in jedem Land der Region einen Aufstand geben wird. Doch die revolutionäre Dynamik, die gibt es überall. Nun erleben wir Sequenzen dieser Revolution. Revolutionen dauern nun einmal lange und sind konfus. Von der Französischen Revolution sagt man im Rückblick, sie habe in Wahrheit ein Jahrhundert gedauert. Die arabische Revolution wird wohl nicht so lange dauern (lacht).

In der ersten, postrevolutionären Sequenz in Tunesien und Ägypten sah man ein starkes Erwachen der Islamisten.

Ja, doch ich denke, dass diese Sequenz schon sehr bald vorbei sein könnte. Nach meiner Prognose werden die Islamisten in beiden Ländern - Ennahda in Tunesien und die Muslimbrüder in Ägypten - ihre Machtpositionen sehr rasch wieder verlieren. Nun, da man sie am Werk gesehen hat, ist schon viel Goodwill verbraucht.

Wie erklären Sie die rasche Entzauberung der Islamisten?

Mit dem Verrat der Revolution. Sowohl Ennahda wie die Muslimbrüder haben versucht, die Wahlerfolge, die ihnen nur die Interimsmacht für die Übergangsphase bescherte, in absolute Plebiszite